

**Interpellation der SP-Fraktion:  
«Kanton St.Gallen und Apartheidregime Südafrika**

Am 27. Oktober 2005 wurden in Bern die Ergebnisse des Nationalfonds-Programms «Beziehungen Schweiz – Südafrika» (NFP42+) vorgestellt. Diese Studie macht ernüchternde, aber nicht ganz überraschende Feststellungen. Die Beziehungen der Schweiz zu Südafrika waren politisch, militärisch und rüstungsindustriell in jenen Jahren am intensivsten, als die Durchsetzung der südafrikanischen Politik am stärksten von schweren Menschenrechtsverletzungen und offener Gewaltanwendung begleitet waren, nämlich in den 1980er Jahren. Die Schweizer Industrie hat das Waffenembargo, das die UNO über Südafrika verhängte, in grossem Stil unterlaufen. Sie verletzte selbst die von der Schweiz definierten Regeln über die Waffenausfuhr, obschon sie weit enger gefasst waren, als jene der UNO. Die Verwaltung war über viele illegale und halb legale Geschäfte informiert. Sie duldete sie stillschweigend, unterstützte sie teilweise aktiv oder kritisierte sie halbherzig. Konkret kritisiert wurden Geschäfte der Firma VAT Haag, welche Vakuumventile aus Aluminium als wesentliche Komponente zur südafrikanischen Urananreicherung lieferte, die für die sechs von Südafrika hergestellten Atombomben das notwendige spaltbare Material bereit stellte. Involviert war aber auch die Firma Wild Heerbrugg AG. Die Bundesanwaltschaft sah 1988 von einem Verfahren gegen diese Firma ab, obwohl die illegalen Geschäfte bekannt waren. Verzichtet wurde auf eine Strafanzeige angeblich, weil ein Politskandal wegen enger Verbindung zwischen dem damaligen Bundesrat Kurt Furgler und seinem Generalsekretär Benno Schneider mit dieser Firma vermieden werden sollte.

Wir ersuchen die Regierung in diesem Zusammenhang um Beantwortung der nachfolgenden Fragen:

1. Hatte die damalige St.Galler Regierung Kenntnis von den rechtswidrigen Geschäften der VAT und der Wild Heerbrugg AG mit dem Apartheidregime in Südafrika?
2. Wurde die St.Galler Regierung über die Interventionen der Bundesanwaltschaft orientiert?
3. Wie beurteilt die St.Galler Regierung das damalige Geschäftsgebaren von VAT und Wild Heerbrugg AG?
4. Wie beurteilt die St.Galler Regierung im Lichte der Ergebnisse von NFP42+ die Antworten und Diskussionsbeiträge der damaligen St.Galler Regierung anlässlich von verschiedenen apartheidkritischen Vorstössen seitens der Ratslinken? »

29. November 2005

SP-Fraktion